

No. 23469

**SWITZERLAND, FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,
FRANCE, LUXEMBOURG and NETHERLANDS**

Convention on the protection of the Rhine against pollution from chlorides (with annexes and exchanges of letters constituting an amendment dated at Neuilly on 29 April 1983, at Bonn on 4 May 1983, at The Hague on 4 May 1983, at Luxembourg on 13 May 1983 and at Berne on 13 May 1983). Concluded at Bonn on 3 December 1976

Authentic texts: German, French and Dutch.

Registered by Switzerland on 31 July 1985.

**SUISSE, RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,
FRANCE, LUXEMBOURG et PAYS-BAS**

Convention relative à la protection du Rhin contre la pollution par les chlorures (avec annexes et échanges de lettres constituant un amendement en date à Neuilly du 29 avril 1983, à Bonn du 4 mai 1983, à La Haye du 4 mai 1983, à Luxembourg du 13 mai 1983 et à Berne du 13 mai 1983). Conclue à Bonn le 3 décembre 1976

Textes authentiques : allemand, français et néerlandais.

Enregistrée par la Suisse le 31 juillet 1985.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

UEBEREINKOMMEN ZUM SCHUTZ DES RHEINS GEGEN VERUNREINIGUNG DURCH CHLORIDE

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Regierung der Französischen Republik, die Regierung des Grossherzogtums Luxemburg, die Regierung des Königreichs der Niederlande und die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

unter Bezugnahme auf die Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung,

im Hinblick auf die derzeitige Belastung des Rheins durch Chlorid-Ionen, im Bewusstsein der Schäden, die sich hieraus ergeben könnten,

bezugnehmend auf die Erkenntnisse und Ergebnisse der am 25. und 26. Oktober 1972 in Den Haag abgehaltenen Ministerkonferenz über die Verunreinigung des Rheins, auf der der Wunsch geäußert worden ist, die Güte des Rheinwassers stufenweise so zu verbessern, dass an der deutsch-niederländischen Grenze der Gehalt von 200 mg/l Chlorid-Ionen nicht überschritten wird,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1. (1) Die Vertragsparteien verstärken ihre Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Verunreinigung des Rheins durch Chlorid-Ionen in einer ersten Stufe auf der Grundlage dieses Uebereinkommens.

(2) Anhang A dieses Uebereinkommens umschreibt, was die Vertragsparteien bei dessen Durchführung unter „Rhein“ verstehen.

Artikel 2. (1) Die Ableitungen von Chlorid-Ionen in den Rhein werden zumindest um 60 kg/s Chlorid-Ionen (Jahresdurchschnitt) verringert. Dieses Ziel wird im französischen Hoheitsgebiet schrittweise verwirklicht.

(2) Zum Zweck der Durchführung der Verpflichtung aus Absatz 1 wird die französische Regierung nach Massgabe des Anhangs I dieses Uebereinkommens eine Anlage zum Einbringen in den elsässischen Untergrund errichten lassen, um die Ableitung der Elsässischen Kaligruben um eine erste Menge in Höhe von 20 kg/s Chlorid-Ionen für eine Dauer von zehn Jahren zu verringern. Die Anlage wird so bald wie möglich, spätestens jedoch achtzehn Monate nach Inkrafttreten des Uebereinkommens errichtet. Die französische Regierung unterrichtet davon regelmässig die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung (im folgenden als „Internationale Kommission“ bezeichnet).

(3) Die Vertragsparteien sind übereingekommen, dass die französische Regierung unter Berücksichtigung der Ergebnisse, die bei der Durchführung der ersten Phase nach Absatz 2 gewonnen werden, alle Massnahmen treffen wird, damit das Ziel nach Absatz 1 bis zum 1. Januar 1980 durch Einbringen in den elsässischen Untergrund oder durch andere Mittel erreicht wird, vorbehaltlich einer Einigung über die technischen Modalitäten des Vorhabens und die Finanzierung der damit verbundenen Kosten.

(4) Die französische Regierung legt ein Gesamtkonzept über die technischen Modalitäten und die Kosten der nach Absatz 3 zu treffenden Massnahmen vor.

Artikel 3. (1) Die Vertragsparteien treffen in ihrem Hoheitsgebiet die erforderlichen Massnahmen zur Verhinderung einer Steigerung der im Rheineinzugsgebiet abgeleiteten Chlorid-Ionen-Mengen. Die Werte der nationalen Frachten sind in Anhang II aufgeführt.

(2) Steigerungen der Chlorid-Ionen-Mengen aus Einzelableitungen sind nur insoweit zulässig, als in den Hoheitsgebieten der betreffenden Vertragsparteien ein Frachtausgleich herbeigeführt wird oder wenn ein Gesamtausgleich im Rahmen der Internationalen Kommission gefunden werden kann. Diese Bestimmung lässt Artikel 6 unberührt.

(3) Ausnahmsweise kann eine Vertragspartei aus zwingenden Gründen nach Einholung der Stellungnahme der Internationalen Kommission eine Steigerung bewilligen, ohne dass ein sofortiger Ausgleich vorgenommen wird.

(4) Die Vertragsparteien überwachen alle Chlorid-Ionen-Ableitungen von mehr als 1 kg/s im Rheineinzugsgebiet in ihrem Hoheitsgebiet.

(5) Jede Vertragspartei übersendet der Internationalen Kommission einmal jährlich einen Bericht, aus dem die Entwicklung der Chlorid-Ionen-Fracht des Rheinwassers so genau wie möglich entnommen werden kann. Dieser Bericht beruht auf allen relevanten Daten der vorgesehenen nationalen Messprogramme und unterscheidet zwischen den Ableitungen von mehr als 1 kg/s und den übrigen Ableitungen. Ist eine solche Unterscheidung nicht möglich, so ist der Internationalen Kommission darüber zu berichten.

(6) Der in Absatz 1 genannte Anhang sowie der Grenzwert von 1 kg/s Chlorid-Ionen werden jährlich von der Internationalen Kommission im Hinblick auf die Entwicklung überprüft. Falls erforderlich schlägt sie den Regierungen eine Anpassung des Anhangs vor.

Artikel 4. (1) Die französische Regierung kann von sich aus oder auf Ersuchen einer anderen Vertragspartei das Einbringen oder die Rückhaltung der Chlorid-Ionen unterbrechen lassen, wenn erhebliche Gefahren für die Umwelt und insbesondere für das Grundwasser auftreten.

(2) Die französische Regierung oder jede andere ersuchende Vertragspartei unterrichtet die Internationale Kommission sofort über die Lage und macht Angaben über Ausmass und Art der Gefahren.

(3) Die französische Regierung trifft sofort die auf Grund der Lage erforderlichen Massnahmen. Sie unterrichtet hierüber die Internationale Kommission. Wird die Lage nicht mehr als gefährlich erachtet, so ist das Einbringen oder die Rückhaltung der Chlorid-Ionen unverzüglich wieder aufzunehmen.

(4) Auf Antrag einer Vertragspartei konsultieren die Vertragsparteien einander in der Internationalen Kommission mit dem Ziel, gegebenenfalls zusätzliche Massnahmen zu treffen.

Artikel 5. Verursacht das Einbringen oder die Rückhaltung der Chlorid-Ionen Schäden, für die nicht die Erbauer des Werkes oder Dritte ganz oder teilweise in Anspruch genommen werden können, so beraten die Vertragsparteien auf Antrag einer von ihnen über einen etwaigen Beitrag, der an die französische Regierung geleistet werden könnte.

Artikel 6. Die Internationale Kommission wird innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten des Uebereinkommens den Vertragsparteien Vorschläge darüber

unterbreiten, wie die Chlorid-Ionen-Fracht auf der Gesamtstrecke des Rheins stufenweise weiter beschränkt werden kann.

Artikel 7. (1) Die sich aus dem in Artikel 2 Absatz 2 vorgesehenen Einbringen einschliesslich der Vorarbeiten ergebenden Kosten werden von der französischen Seite übernommen.

(2) Die nachstehenden Vertragsparteien leisten einen pauschalen Beitrag zu den Gesamtkosten in Höhe von einhundertzweiunddreissig Millionen Französischen Franken, die wie folgt aufgeteilt werden:

Bundesrepublik Deutschland	dreissig Prozent
Königreich der Niederlande	vierunddreissig Prozent
Schweizerische Eidgenossenschaft	sechs Prozent

Die Beiträge werden spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieses Uebereinkommens geleistet.

(3) Die Vertragsparteien beraten nach Vorlage eines Gesamtkonzepts gemäss Artikel 2 Absatz 4 auf Antrag der französischen Regierung über die Finanzierung der im Hinblick auf die Anwendung des Artikels 2 Absatz 3 vorzunehmenden Massnahmen auf der Grundlage des Schlüssels nach Absatz 2 dieses Artikels. In den Finanzierungsplan gehören auch Kosten für die vorbereitenden Untersuchungen, insbesondere diejenigen für Studien und Explorationen, und ausserdem die unvorhersehbaren Kosten, soweit diese nicht durch die Finanzierung der ersten Phase abgedeckt werden konnten.

Artikel 8. Die Zahlungen nach Artikel 7 Absatz 2 werden in Französischen Franken auf das Konto Nr. 440-09/ligne 1 bei der Agence Comptable Centrale du Trésor français geleistet.

Artikel 9. Stellt die Internationale Kommission nach Inkrafttreten dieses Uebereinkommens fest, dass an einer der Messstellen Chlorid-Ionen-Fracht und Chlorid-Ionen-Konzentration anhaltend steigende Tendenz aufweisen, so ersucht sie die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Ursache dieser Entwicklung liegt, die erforderlichen Massnahmen zu ihrer Beendigung zu treffen.

Artikel 10. (1) Bereitet die Durchführung des Artikels 9 Schwierigkeiten und sind sechs Monate seit deren Feststellung durch die Internationale Kommission verstrichen, so kann sie, um den Regierungen Bericht zu erstatten, auf Antrag einer Vertragspartei einen unabhängigen Sachverständigen beiziehen.

(2) Die Kosten der Untersuchung einschliesslich des Sachverständigenhonorars werden zwischen den nachstehenden Vertragsparteien in folgendem Verhältnis aufgeteilt:

Bundesrepublik Deutschland	zwei Siebtel (2/7)
Französische Republik	zwei Siebtel (2/7)
Königreich der Niederlande	zwei Siebtel (2/7)
Schweizerische Eidgenossenschaft	ein Siebtel (1/7)

Die Internationale Kommission kann in bestimmten Fällen eine andere Verteilung beschliessen.

Artikel 11. Stellt eine Vertragspartei im Rheinwasser ein plötzliches erhebliches Ansteigen von Chlorid-Ionen fest oder erhält sie von einem Unfall Kenntnis,

dessen Auswirkungen geeignet sind, die Güte dieses Wassers ernstlich zu bedrohen, so unterrichtet sie nach einem von der Internationalen Kommission ausarbeitenden Verfahren unverzüglich die Internationale Kommission und die Vertragsparteien, die hiervon betroffen sein können.

Artikel 12. (1) Jede betroffene Vertragspartei übernimmt an den vereinbarten Messstationen die Aufstellung und den Betrieb der Messsysteme und -geräte zur Kontrolle der Chlorid-Ionen-Konzentration im Rheinwasser.

(2) Die Chlorid-Ionen-Frachten werden auf der Grundlage der Messungen ermittelt, die nach den Empfehlungen der Internationalen Kommission vorgenommen werden.

(3) Die Vertragsparteien unterrichten die Internationale Kommission regelmäßig, und zwar mindestens halbjährlich, über die Ergebnisse der nach Absatz 1 durchgeführten Kontrollen.

Artikel 13. Jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder die Durchführung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird, sofern die Streitparteien nichts anderes beschliessen, auf Antrag einer Streitpartei dem Schiedsverfahren nach Massgabe des Anhangs B unterworfen. Dieser Anhang sowie die Anhänge A, I und II sind Bestandteil dieses Übereinkommens.

Artikel 14. Jede Unterzeichnerpartei notifiziert der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, dass ihre Verfahren zum Inkrafttreten dieses Übereinkommens durchgeführt sind. Das Übereinkommen tritt am ersten Tag des übernächsten Monats nach Eingang der letzten Notifikation in Kraft.

Artikel 15. Dieses Übereinkommen kann nach Ablauf von drei Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit von jeder Vertragspartei durch eine Erklärung an die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gekündigt werden. Die Kündigung wird für die kündigende Vertragspartei sechs Monate nach Eingang der Erklärung bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft wirksam. Die Fortführung der Aufgaben, für die eine internationale Finanzierung erfolgt ist, wird durch eine solche Kündigung nicht berührt.

Artikel 16. Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft unterrichtet die Vertragsparteien vom Zeitpunkt des Eingangs jeder Notifikation oder Erklärung nach den Artikeln 14 und 15.

Artikel 17. (1) Wird die Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung von einer ihrer Vertragsparteien gekündigt, so nehmen die Vertragsparteien unverzüglich Konsultationen über die erforderlichen Massnahmen auf, um die Fortführung der Aufgaben zu gewährleisten, die der Internationalen Kommission nach diesem Übereinkommen obliegen.

(2) Wird innerhalb von sechs Monaten nach Aufnahme der Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann jede Vertragspartei dieses Übereinkommen jederzeit nach Artikel 15 kündigen, ohne den Ablauf der Frist von drei Jahren abzuwarten.

Artikel 18. Dieses Übereinkommen, das in einer Urschrift in deutscher, französischer und niederländischer Sprache abgefasst ist, wobei jeder Wortlaut glei-

chermassen verbindlich ist, wird im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Dezember 1976.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

[PETER HERMES]¹
[MAIHOFFER]

Für die Regierung der Französischen Republik:

[V. ANSQUER]

Für die Regierung des Grossherzogtums Luxemburg:

[J. WOHLFART]

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande:

[WESTERTERP]

Für die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

[HANS HÜRLIMANN]

ANHANG A

Für die Durchführung dieses Uebereinkommens beginnt der Rhein am Ausfluss des Untersees und umfasst die Arme, durch die sein Wasser frei in die Nordsee fliesst, bis zur Süswassergrenze, einschliesslich der IJssel bis Kampen.

Süswassergrenze ist die Stelle im Wasserlauf, an der bei Ebbe und zu einer Zeit schwachen Süswasserzuflusses auf Grund des Vorhandenseins von Meerwasser eine erhebliche Zunahme des Salzgehalts festzustellen ist. Diese Stelle liegt für die Nieuwe Maas bei Rheinkilometer 1000 unterhalb der Rheinbrücke in Konstanz. Die weiteren Süswassergrenzpunkte werden von der Internationalen Kommission in entsprechender Weise festgelegt.

ANHANG B

SCHIEDSVERFAHREN

(1) Sofern die Streitparteien nichts anderes beschliessen, bestimmt sich das Schiedsverfahren nach diesem Anhang.

(2) Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern; jede Streitpartei bestellt einen Schiedsrichter; die beiden so bestellten Schiedsrichter bestimmen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter, der als Obmann des Schiedsgerichts tätig wird.

¹ Names of signatories appearing between brackets were not legible and have been supplied by the Government of Switzerland — Les noms des signataires donnés entre crochets étaient illisibles et ont été fournis par le Gouvernement suisse.

Ist der Obmann des Schiedsgerichts nicht binnen zwei Monaten nach Ernennung des zweiten Schiedsrichters bestellt worden, so bestellt ihn der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf Antrag der zuerst handelnden Partei binnen weiterer zwei Monate.

(3) Hat eine der Streitparteien nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Antrags nach Artikel 13 des Uebereinkommens einen Schiedsrichter bestellt, so kann die andere Partei den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hiermit befragen, der den Obmann des Schiedsgerichts binnen weiterer zwei Monate bestellt. Sobald der Obmann des Schiedsgerichts ernannt ist, fordert er die Partei, die noch keinen Schiedsrichter bestellt hat, auf, dies binnen zwei Monaten zu tun. Nach Ablauf dieser Frist befasst er den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der diese Ernennung binnen weiterer zwei Monate vornimmt.

(4) Ist der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in den in den vorstehenden Absätzen erwähnten Fällen verhindert oder ist er Staatsangehöriger einer der Streitparteien, so obliegt die Bestellung des Obmanns des Schiedsgerichts oder die Ernennung des Schiedsrichters dem Vizepräsidenten des Gerichtshofs oder dem dienstältesten Mitglied des Gerichtshofs, die nicht verhindert und nicht Staatsangehörige einer Streitpartei sind.

(5) Diese Bestimmungen finden sinngemäss bei der Besetzung frei werdender Stellen Anwendung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach den Vorschriften des Uebereinkommens.

(7) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen werden mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder getroffen; die Abwesenheit oder die Stimmenthaltung eines von den Parteien bestellten Mitglieds des Gerichts hindert das Gericht nicht, zu entscheiden. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Obmanns den Ausschlag. Die Entscheidungen des Gerichts sind für die Parteien bindend. Diese tragen die Kosten für den von ihnen bestellten Schiedsrichter und teilen sich zu gleichen Teilen in die anderen Kosten. Für die weiteren Fragen gibt sich das Schiedsgericht eine Verfahrensordnung.

ANHANG 1. TECHNISCHE GRUNDLAGEN FÜR DIE ANLAGE ZUM EINBRINGEN NACH ARTIKEL 2 ABSATZ 2

Das Einbringen der gelösten Rückstandssalze in den Untergrund wird in eine Schicht kalkigen Speichergesteins in einer Tiefe von 1500 bis 2000 m, bezeichnet als „Grosser Oolith“, im Südwesten von Mülhausen vorgenommen.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Studien und Versuche wird das Einbringen mit einer Anlage durchgeführt, die der folgenden Beschreibung entspricht:

1. Eine Anlage für das Herstellen konzentrierter Sole auf dem Gelände der Uebertageanlagen der Grube „Amélie“; die Anlage ist in der Lage, eine Solemenge zu liefern, die 20 kg/s Chlorid-Ionen (Jahresdurchschnitt) entspricht;
2. Wasserdichte Speicherbecken für die konzentrierte Sole und das dem Speichergestein entzogene Wasser;
3. Ein Leitungsnetz zur Beförderung der Sole vom Speicherbecken bis zu den Bohrlöchern für das Einbringen über eine Entfernung von etwa 10 km mit der entsprechenden Pumpstation unterhalb des Speicherbeckens der Sole;

4. Zwei neue Bohrlöcher, die ebenso wie das Bohrloch von Schweighausen mit einem Doppelsystem ausgerüstet werden, welches das Einbringen der Sole entweder durch Schwerkraft allein oder mit einer Pumpe ermöglicht;
5. Drei Entnahmebohrlöcher mit Tauchpumpen in grosser Tiefe für die Entnahme des Wassers aus dem Speichergestein;
6. Ein etwa 22 km langes Leitungsnetz für Wasser aus dem Speichergestein von den Entnahmebohrlöchern bis zum Speicherbecken für dieses Wasser;
7. Ein Fernbedienungs- und Fernüberwachungsnetz für Leitung und Ueberwachung des Betriebs.

Der Betrieb der Anlage umfasst das Einbringen von Chlorid-Ionen gemäss den in dem Uebereinkommen vorgesehenen Bedingungen, die Lieferung der Energie, die Wartungsarbeiten und die Ueberwachung des unterirdischen Speichers.

ANHANG II. NATIONALE FRACHTEN AUS CHLORID-IONEN-ABLEITUNGEN
VON MEHR ALS 1 KG/S IN EINZELNEN STROMABSCHNITTEN

Stromabschnitt	In der Schweiz		In Frankreich		In Deutschland		In den Niederlanden	
	Mittelwert(1)	Maximalwert(2)	Mittelwert(1)	Maximalwert(2)	Mittelwert(1)	Maximalwert(2)	Mittelwert(1)	Maximalwert(2)
Stein am Rhein - Kembs		10						
Kembs - Seltz/Maxau			130 ⁽³⁾		4,2	4,2		
Seltz/Maxau - Mainz					15,8	17,5		
Mainz - Braubach/Koblentz					9,9	10,0		
Braubach/Koblentz - Bimmen/Lobith			38 ⁽⁴⁾		105	123,6		
Bimmen/Lobith - Mündung		10				134,9		

(1) Mittelwert bedeutet das langjährige Jahresmittel nach Messungen an den Ableitungen.

(2) Maximalwert bedeutet die genehmigte maximale Fracht (die zeitweise z.B. bei einer höheren Wasserführung erreicht wird).

(3) Dieser Wert verringert sich entsprechend der Durchführung der Massnahmen nach Artikel 2.

(4) Die Chlorid-Ionen-Ableitungen werden so reguliert, dass die Konzentration, die sich aus den Ableitungen von mehr als 1 kg/s Chlorid-Ionen ergibt, an der Messstation Hauconcourt an der Mosel 400 mg/l Chlorid-Ionen nicht überschreitet. Die angegebene mittlere Jahresfracht darf nicht überschritten werden.

[DUTCH TEXT — TEXTE NÉERLANDAIS]

OVEREENKOMST INZAKE DE BESCHERMING VAN DE RIJN TEGEN VERONTREINIGING DOOR CHLORIDEN

De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland; de Regering van de Franse Republiek; de Regering van het Groothertogdom Luxemburg; de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden en de Regering van de Zwitserse Bondsstaat;

verwijzend naar de Overeenkomst van 29 april 1963 nopens de Internationale Commissie ter bescherming van de Rijn tegen verontreiniging,

in aanmerking nemende de huidige belasting van de Rijn met chloride-ionen, zich bewust van de schade die daaruit zou kunnen voortvloeien,

verwijzend naar de bevindingen tijdens, en de resultaten van de op 25 en 26 oktober 1972 te 's-Gravenhage gehouden ministersconferentie over de verontreiniging van de Rijn, bij gelegenheid waarvan de wens is geuit de kwaliteit van het Rijnwater trapsgewijs zodanig te verbeteren dat aan de Nederlands-Duitse grens het gehalte van 200 mg/l chloride-ionen niet wordt overschreden,

zijn overeengekomen als volgt:

Artikel 1. 1. De Overeenkomstsluitende Partijen versterken hun samenwerking met het oog op de bestrijding van de verontreiniging van de Rijn door chloride-ionen in een eerste stap op grond van de bepalingen van deze Overeenkomst.

2. In Bijlage A bij de Overeenkomst wordt omschreven wat de Overeenkomstsluitende Partijen voor de toepassing van deze Overeenkomst onder „Rijn” verstaan.

Artikel 2. 1. De lozingen van chloride-ionen in de Rijn worden verminderd met ten minste 60 kg chloride-ionen per seconde (jaargemiddelde). Dit doel wordt op het grondgebied van de Franse Republiek in fasen verwezenlijkt.

2. Ten dienste van de nakoming van de in het voorgaande lid vervatte verplichting zal de Franse Regering, volgens het gestelde in Bijlage I bij deze Overeenkomst een inrichting ten behoeve van de injectie in de diepe ondergrond van de Elzas doen oprichten, teneinde de lozing van de kalimijnen van de Elzas gedurende een periode van 10 jaar met een eerste hoeveelheid ter grootte van 20 kg chloride-ionen per seconde te verminderen. De inrichting wordt zo spoedig mogelijk doch uiterlijk binnen achttien maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst geïnstalleerd. De Franse Regering houdt de Internationale Commissie ter Bescherming van de Rijn tegen verontreiniging (hierna te noemen „Internationale Commissie”) terzake regelmatig op de hoogte.

3. De Overeenkomstsluitende Partijen zijn overeengekomen dat de Franse Regering met inachtneming van de resultaten verkregen tijdens de eerste fase zoals bedoeld in het tweede lid, alle maatregelen zal nemen opdat het in het eerste lid vervatte doel vóór 1 januari 1980 door injectie in de ondergrond van de Elzas of op andere wijze wordt bereikt, onder voorbehoud van overeenstemming over de technische modaliteiten van het project en de financiering van de daaraan verbonden kosten.

4. De Franse Regering legt een totaalplan voor inzake de technische modaliteiten en de kosten verbonden aan de maatregelen die krachtens het derde lid genomen dienen te worden.

Artikel 3. 1. De Overeenkomstsluitende Partijen nemen op hun grondgebied de nodige maatregelen teneinde een toename van de hoeveelheden van de in het stroomgebied van de Rijn geloosde chloride-ionen te voorkomen. De waarden van de nationale vrachten zijn vervat in Bijlage II.

2. Een toename van de hoeveelheden chloride-ionen afkomstig uit individuele lozingen, wordt slechts toegelaten voor zover elders op het grondgebied der betrokken Overeenkomstsluitende Partij een compensatie voor deze vrachten tot stand wordt gebracht of in het kader van de Internationale Commissie een compensatie in totaliteit kan worden goevonden. Deze bepaling laat de toepassing van artikel 6 onverlet.

3. Een Overeenkomstsluitende Partij kan bij uitzondering op grond van dwingende redenen, na de Internationale Commissie om een oordeel te hebben verzocht, een toename toestaan zonder dat onmiddellijk voor compensatie wordt gezorgd.

4. De Overeenkomstsluitende Partijen controleren alle chloride-ionenlozingen van meer dan 1 kg/s in het stroomgebied van de Rijn op hun grondgebied.

5. Iedere Overeenkomstsluitende Partij doet de Internationale Commissie eenmaal per jaar een verslag toekomen waaruit de ontwikkeling van de chloride-ionenvracht van het Rijnwater zo nauwkeurig mogelijk kan worden opgemaakt. Dit verslag is gebaseerd op alle relevante gegevens van de voorziene nationale meetprogramma's en maakt een onderscheid tussen lozingen van meer dan 1 kg/s en overige lozingen. In geval het niet mogelijk is een dergelijk onderscheid te maken, dient hiervan aan de Internationale Commissie rekenschap te worden afgelegd.

6. De in het eerste lid genoemde Bijlage, alsmede de grenswaarde van 1 kg chloride-ionen per seconde worden jaarlijks door de Internationale Commissie in het licht van de ontwikkelingen aan een onderzoek onderworpen. Zonodig stelt zij de Regeringen een aanpassing van de Bijlage voor.

Artikel 4. 1. De Franse Regering kan eigener beweging of op verzoek van een andere Overeenkomstsluitende Partij de injectie of het terughouden van chloride-ionen doen onderbreken wanneer zich ernstige gevaren voordoen voor het milieu, en met name voor het grondwater.

2. De Franse Regering, of iedere andere Partij die erom verzoekt, stelt onmiddellijk de Internationale Commissie op de hoogte van de situatie en doet opgave van de omvang en de aard der gevaren.

3. De Franse Regering neemt onmiddellijk de maatregelen die de situatie vereist. Zij stelt de Internationale Commissie hiervan in kennis. Wanneer de situatie niet langer geacht wordt gevaarlijk te zijn, dient de injectie of het terughouden van chloride-ionen onverwijld te worden hervat.

4. De Overeenkomstsluitende Partijen raadplegen elkaar op verzoek van één hunner in de Internationale Commissie teneinde, zonodig, aanvullende maatregelen te treffen.

Artikel 5. Indien de injectie of de inhouding van chloride-ionen schade veroorzaakt waarvan de vergoeding niet geheel of gedeeltelijk op de stichters van het

werk of op derden kan worden verhaald, plegen de Overeenkomstsluitende Partijen op verzoek van één van hen overleg over een eventuele bijdrage die aan de Franse Regering zou kunnen worden verleend.

Artikel 6. De Internationale Commissie zal binnen vier jaar na inwerking-treding van de Overeenkomst voorstellen aan de Overeenkomstsluitende Partijen doen over de wijze waarop trapsgewijze een verdergaande beperking van de chloride-ionenvracht over de gehele loop van de Rijn kan worden verwezenlijkt.

Artikel 7. 1. De kosten welke voortvloeien uit de in artikel 2, tweede lid, bedoelde injectie en uit de voorbereidende werkzaamheden, neemt men aan Franse zijde op zich.

2. De hieronder vermelde Overeenkomstsluitende Partijen dragen in de vorm van een forfaitair vastgesteld bedrag bij in de totale kosten van honderd twee en dertig miljoen Franse franken, volgens de volgende verdeelsleutel:

De Bondsrepubliek Duitsland	dertig procent
Het Koninkrijk der Nederlanden	vierendertig procent
De Zwitserse Bondsstaat	zes procent

De bijdragen worden uiterlijk drie maanden na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst gestort.

3. Nadat overeenkomstig artikel 2, vierde lid, een totaalplan is voorgelegd, plegen de Overeenkomstsluitende Partijen op verzoek van de Franse Regering overleg over de financiering van de, met het oog op de ten uitvoerlegging van artikel 2, derde lid, te nemen maatregelen, op basis van de in het tweede lid van het onderhavige artikel gebruikte verdeelsleutel. In het financieringsplan worden eveneens verwerkt de kosten van het voorbereidend onderzoek, met name van de studies en exploraties, en bovendien de onvoorziene kosten voor zover deze niet door de financiering van de eerste fase konden worden gedekt.

Artikel 8. De betalingen bedoeld in artikel 7, tweede lid, worden verricht in Franse franken, op rekeningnummer 440-09/ligne 1 bij het Agence Comptable Centrale du Trésor français.

Artikel 9. Wanneer de Commissie na inwerkingtreding van deze Overeenkomst vaststelt dat op één van haar meetpunten de chloride-ionenvracht en -concentratie een stijgende lijn blijft vertonen, verzoekt zij de Overeenkomstsluitende Partij op wier grondgebied zich de oorzaak van deze ontwikkeling bevindt, de nodige maatregelen te treffen om aan deze toestand een einde te maken.

Artikel 10. 1. Indien de toepassing van artikel 9 aanleiding geeft tot moeilijkheden, en zes maanden zijn verstreken nadat de Internationale Commissie deze moeilijkheden heeft vastgesteld, kan zij, teneinde aan de Regeringen terzake rapport uit te brengen op verzoek van een Overeenkomstsluitende Partij de diensten van een onafhankelijk deskundige inroepen.

2. De kosten van het onderzoek, met inbegrip van het honorarium van de deskundige worden over de hieronder vermelde Overeenkomstsluitende Partijen als volgt verdeeld:

De Bondsrepubliek Duitsland	twee zevende (2/7)
De Franse Republiek	twee zevende (2/7)

Het Koninkrijk der Nederlanden tweezevende (2/7)

De Zwitserse Bondsstaat eenzevende (1/7)

De Internationale Commissie kan in bepaalde gevallen tot een andere verdeling besluiten.

Artikel 11. Wanneer één der Overeenkomstsluitende Partijen een plotselinge en aanzienlijke toename van chloride-ionen in het water van de Rijn vaststelt, of wanneer zij kennis draagt van een ongeval, waarvan de gevolgen de kwaliteit van dit water ernstig kunnen bedreigen, stelt zij hiervan de Internationale Commissie en de Overeenkomstsluitende Partijen die hierdoor kunnen worden getroffen, onverwijld in kennis volgens een door de Internationale Commissie vast te stellen procedure.

Artikel 12. 1. Iedere betrokken Overeenkomstsluitende Partij neemt op de overeengekomen meetstations de installatie en het in bedrijf houden van meetapparaten en -systemen voor zijn rekening, die dienen om de concentratie van chloride-ionen in het Rijnwater te controleren.

2. De chloride-ionenvrachten worden bepaald op basis van de metingen, die volgens de aanbevelingen van de Internationale Commissie worden verricht.

3. De Overeenkomstsluitende Partijen stellen de Internationale Commissie regelmatig en tenminste elke zes maanden op de hoogte van de resultaten van de controles die op grond van het bepaalde in het eerste lid worden verricht.

Artikel 13. Ieder geschil tussen de Overeenkomstsluitende Partijen met betrekking tot de uitlegging of de toepassing van deze Overeenkomst dat niet door onderhandelingen kan worden beslecht, wordt, tenzij de partijen bij het geschil anders beslissen, op verzoek van één van hen, voorgelegd aan een scheidsrecht overeenkomstig de bepalingen vervat in Bijlage B. Deze Bijlage evenals Bijlagen A, I en II vormen een integrerend bestanddeel van deze Overeenkomst.

Artikel 14. Elk der ondertekenende Partijen deelt de Regering van de Zwitserse Bondsstaat mede wanneer aan de vereiste procedures voor de inwerkingtreding van deze Overeenkomst is voldaan. Deze treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand die volgt op de ontvangst van de laatste kennisgeving.

Artikel 15. Na het verstrijken van een tijdvak van drie jaar na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst, kan zij te allen tijde door elk van de Overeenkomstsluitende Partijen worden opgezegd, door middel van een kennisgeving aan de Regering van de Zwitserse Bondsstaat. De opzegging wordt voor de opzeggende Partij van kracht zes maanden na ontvangst van de kennisgeving door de Regering van de Zwitserse Bondsstaat. Geen enkele opzegging kan tot gevolg hebben dat de continuïteit van de taken, waarvoor een internationale financiering heeft plaatsgevonden, in gevaar wordt gebracht.

Artikel 16. De Regering van de Zwitserse Bondsstaat stelt de Overeenkomstsluitende Partijen in kennis van de datum van ontvangst van elke kennisgeving die is ontvangen krachtens de artikelen 14 en 15.

Article 17. 1. Indien de Overeenkomst van 29 april 1963 nopens de Internationale Commissie ter bescherming van de Rijn tegen verontreiniging wordt opgezegd door één van de Partijen bij die Overeenkomst, treden de Overeenkomstslui-

tende Partijen onverwijld in overleg betreffende de maatregelen die nodig zijn om de continuïteit te verzekeren bij de uitvoering van de taken die ingevolge deze Overeenkomst rusten op de Internationale Commissie.

2. Indien binnen zes maanden na het begin van dit overleg geen overeenstemming is bereikt, kan elk der Overeenkomstsluitende Partijen te allen tijde deze Overeenkomst opzeggen, overeenkomstig artikel 15, zonder te wachten tot er een tijdvak van drie jaar is verstreken.

Artikel 18. Deze Overeenkomst, die is opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Franse en de Nederlandse taal, zijnde de drie teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van de Regering van de Zwitserse Bondsstaat, die daarvan een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift zal doen toekomen aan elk van de Overeenkomstsluitende Partijen.

GEDAAN te Bonn op 3 december 1976.

Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland:

[PETER HERMES]¹

[MAIHOFER]

Voor de Regering van de Franse Republiek:

[V. ANSQUER]

Voor de Regering van het Groothertogdom Luxemburg:

[J. WOHLFART]

Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden:

[WESTERTERP]

Voor de Regering van de Zwitserse Bondsstaat:

[HANS HÜRLIMANN]

BIJLAGE A

Voor de toepassing van deze Overeenkomst begint de Rijn bij de uitstroming uit het Bodenmeer en omvat de rivierarmen door welke hij vrijelijk in de Noordzee uitstroomt, tot aan de zoetwatergrens, met inbegrip van de IJssel tot aan Kampen.

De zoetwatergrens is de plaats in de waterloop waar bij laagwater en ten tijde van geringe toevloed van zoetwater een aanzienlijke toename van het zoutgehalte is waar te nemen als gevolg van de aanwezigheid van zee water. Deze plaats bevindt zich voor de Nieuwe Maas bij Rijnkilometer 1000 benedenstrooms van de Rijnbrug bij Konstanz. De andere punten van de zoetwatergrens zullen worden vastgesteld door de Internationale Commissie, rekening houdend met de wijze van vaststelling van de hierboven omschreven grens.

¹ Names of signatories appearing between brackets were not legible and have been supplied by the Government of Switzerland — Les noms des signataires donnés entre crochets étaient illisibles et ont été fournis par le Gouvernement suisse.

BIJLAGE B

SCHEIDSRECHTSPRAAK

1. Tenzij de Partijen bij het geschil anders besluiten, wordt de scheidsrechterlijke procedure gevoerd met inachtneming van de bepalingen van deze Bijlage.

2. Het scheidsgerecht bestaat uit drie leden: ieder der Partijen bij het geschil wijst een scheidsman aan; de beide aldus aangewezen scheidsmannen wijzen in onderlinge overeenstemming de derde scheidsman aan, die het voorzitterschap van het gerecht op zich neemt. Indien binnen twee maanden na de aanwijzing van de tweede scheidsman de voorzitter van het scheidsgerecht niet is aangewezen, gaat de President van het Europees Hof voor de Rechten van de Mens, op verzoek van de meest gereede Partij binnen een volgende periode van twee maanden, over tot de benoeming.

3. Indien binnen twee maanden na de ontvangst van het verzoek bedoeld in artikel 13 van de Overeenkomst, één van de Partijen bij het geschil niet is overgegaan tot de door haar te verrichten benoeming van een lid van het gerecht, kan de andere Partij zich wenden tot de President van het Europees Hof voor de Rechten van de Mens, die de Voorzitter van het scheidsgerecht aanwijst binnen een volgende termijn van twee maanden. Zodra de Voorzitter van het scheidsgerecht is aangewezen, verzoekt hij de Partij die geen scheidsman heeft benoemd dit te doen binnen een termijn van twee maanden. Na het verstrijken van deze termijn, wendt hij zich tot de President van het Europees Hof voor de Rechten van de Mens, die binnen een volgende termijn van twee maanden overgaat tot de benoeming.

4. Indien in de in de voorgaande leden bedoelde gevallen de President van het Europees Hof voor de Rechten van de Mens verhinderd mocht zijn of indien hij onderdaan is van één van de Partijen bij het geschil, dient de aanwijzing van de Voorzitter van het scheidsgerecht of de benoeming van de scheidsman te geschieden door de Vice-President van het Hof of door het in dienstjaren oudste lid van het Hof dat niet verinderd is en dat geen onderdaan is van één van de Partijen bij het geschil.

5. De voorgaande bepalingen zijn van overeenkomstige toepassing om in vacatures te voorzien.

6. Het scheidsgerecht beslist overeenkomstig de regels van het internationale recht en, in het bijzonder, overeenkomstig de bepalingen van deze Overeenkomst.

7. Het scheidsgerecht beslist, zowel ten aanzien van de procedure als van de zaak zelf, met meerderheid van stemmen van zijn leden; wanneer één van de door Partijen aangewezen leden van het gerecht niet aanwezig is of zich van stemming onthoudt, verhindert dit het gerecht niet uitspraak te doen.

Indien de stemmen staken, is de stem van de Voorzitter doorslaggevend. De beslissingen van het gerecht zijn bindend voor de Partijen. Deze dragen de kosten van de scheidsman die zij hebben aangewezen en verdelen de andere kosten gelijkelijk. Ten aanzien van de andere punten stelt het scheidsrecht zelf zijn proceduresregels vast.

BIJLAGE I. TECHNISCHE ELEMENTEN VOOR DE IN ARTIKEL 2,
TWEDE LID, BEDOELDE INJECTIE-INRICHTING

De injectie van oplossingen van afvalzout in de ondergrond vindt plaats in een laag kalkachtig poreus gesteente genaamd „Grande Oolithe”, op een diepte van 1500 tot 2000 meter, ten zuidwesten van Mulhouse.

Rekening houdend met de reeds uitgevoerde studies en proefnemingen wordt de injectie verricht met behulp van een inrichting die beantwoordt aan de volgende beschrijving:

1. Een installatie voor de bereiding van geconcentreerde zoutoplossingen, die zich bevindt op het terrein van het bovengrondse complex van de mijn „Amélie” en die in staat is een hoeveelheid zoutoplossing te leveren overeenkomend met 20 kg chloride-ionen per seconde (jaargemiddelde);
2. Waterdichte bekkens voor de berging van de geconcentreerde zoutoplossing en het aan het gesteente onttrokken water;
3. Een leidingnet voor het transport van de zoutoplossing vanaf het bekken naar de injectieputten, over een afstand van ongeveer 10 km, met het bijbehorende pompstation, dat lager gelegen is dan het opslagbekken voor de zoutoplossing;
4. Twee nieuwe injectieputten, die, tezamen met die van Schweighouse, zullen worden toegerust met een dubbel systeem, zodat de zoutoplossing hetzij enkel door zwaartekracht, hetzij met behulp van een pomp kan worden geïnjecteerd;
5. Drie onttrekkingsputten, toegerust met dompelpompen om het water aan het poreuse gesteente te onttrekken;
6. Een leidingnet met een lengte van ongeveer 22 km voor het aan het gesteente onttrokken water, vanaf de onttrekkingsputten naar het spaarbekken voor dit water;
7. Een afstandbedienings- en controlenet, nodig voor de besturing en de bewaking van de bedrijfsvoering.

De bedrijfsvoering van de installatie omvat het injecteren van chloride-ionen volgens de in de Overeenkomst vastgestelde voorwaarden, de levering van energie, de uitvoering van de onderhoudswerkzaamheden en het toezicht op het onderaardse reservoir.

**BILAGE II. NATIONALE VRACHTEN VOORKOMEND UIT CHLORIDE-IONENLOZINGEN
VAN MEER DAN 1 KG/S IN AFZONDERLIJKE RIVIERGEDEELTEN**

Riviergeedeelte	In Zwitserland		In Frankrijk		In Duitsland		In Nederland	
	Gemidd. waarde (1)	Max. waarde (2)	Gemidd. waarde (1)	Max. waarde (2)	Gemidd. waarde (1)	Max. waarde (2)	Gemidd. waarde (1)	Max. waarde (2)
Stein a. Rh.-Kemsb.		10						
Kemsb. - Seltz/Maxau			130 ⁽³⁾		4,2	4,2		
Seltz/Maxau - Mainz					15,8	17,5		
Mainz - Braubach/Koblentz					9,9	10		
Braubach/Koblentz - Bimmen/Lobith			38 ⁽⁴⁾		105	123,6		
Bimmen/Lobith - Monding		10						134,9

(1) Onder gemiddelde waarde wordt verstaan het jaarlijkse gemiddelde bepaald over lange duur en op grond van metingen bij de lozingspunten.

(2) Onder maximumwaarde wordt verstaan de toegestane maximumvracht die van tijd tot tijd wordt bereikt (b.v. bij hogere waterstand).

(3) Deze waarde vermindert naar gelang van de toepassing van de in artikel 2 bedoelde maatregelen.

(4) De chloride-ionenlozingen worden op zodanige wijze gereguleerd dat de concentraties die ontstaan als gevolg van lozingen niet meer dan 1 kg chloride-ionen per seconde, bij het meetstation Hauconcourt aan de Moezel niet meer bevatten dan 400 mg/l chloride-ionen. De aangegeven gemiddelde jaarlijkse vracht mag niet worden overschreden.

II a

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

DER BUNDESMINISTER DES INNERN

Bonn, den 4. Mai 1983

Frau Staatssekretär,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 29. April 1983 zu bestätigen, mit dem Sie im Namen Ihrer Regierung eine Anpassung des Übereinkommens zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride vom 3. Dezember 1976 durch gleichlautende Briefwechsel zwischen der Regierung der Französischen Republik und den übrigen Unterzeichnerregierungen des Übereinkommens vorschlagen.

Ihr Schreiben lautet in deutscher Übersetzung wie folgt:

„Ich beziehe mich auf die Beratungen in der 6. Ministerkonferenz vom 17. November 1981 und auf die Arbeiten, die seitdem in der Internationalen Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung zur Anpassung des Übereinkommens zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride, am 3. Dezember 1976 in Bonn unterzeichnet, durchgeführt wurden, und beehre mich, Ihnen namens meiner Regierung folgendes vorzuschlagen:

1. Unbeschadet der in Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens genannten Fristen kann Anhang I des Übereinkommens im Lichte der Schlußfolgerungen, die der wissenschaftliche Ausschuß, dessen Einsetzung von französischer Seite in der 6. Ministerkonferenz angekündigt worden ist, aus seinem Bericht vom Juli 1982 gezogen hat und die er aus den von ihm empfohlenen zusätzlichen Untersuchungen ziehen wird, mit Zustimmung der Vertragsparteien angepaßt werden. Diese Anpassungen dürfen keine Umweltbelastungen, keine Unannehmlichkeiten oder andere Auswirkungen für das Hoheitsgebiet einer jeden Vertragspartei nach sich ziehen.

2. Die zweite Phase, deren Anfang Artikel 2 Absatz 3 des Übereinkommens für den 1. Januar 1980 vorsieht, wird, um dem verspäteten Inkrafttreten des Übereinkommens Rechnung zu tragen, innerhalb von zwei Jahren nach Anlaufen der ersten Phase beginnen.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir mitteilen würden, ob die vorstehenden Bestimmungen die Zustimmung Ihrer Regierung finden. In diesem Fall bilden dieses Schreiben und Ihre Antwort und die gleichlautenden Schreiben, die zwischen der französischen Regierung und den drei anderen Unterzeichnerregierungen des Übereinkommens ausgetauscht wurden, eine Vereinbarung zwischen den betreffenden fünf Regierungen. Diese Vereinbarung wird durch Vermittlung der französischen Regierung bei der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt. Sie tritt in Kraft, wenn alle Unterzeichnerregierungen des Übereinkommens der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Verfahren zum Inkrafttreten der Bestimmungen dieses Schreibens und der zwischen der französischen Regierung und den anderen Unterzeichnerregierungen ausgetauschten gleichlautenden Schreiben notifiziert haben und wenn das Übereinkommen selbst in Kraft getreten sein wird. Diese Vereinbarung kann unter den in Artikel 15 des Überein-